

- Es gilt das gesprochene Wort -

Parlamentarischer Abend Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:),

21. September 2023 nach dem Plenum

Grußwort der Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Liebe Abgeordnete, und Mitglieder der Landesregierung,
lieber Martin Gorholt, sehr geehrte Herren Prof. Dr. Jakob Rhyner, Heinz-Joachim Lohmann und Dr. Marcus Kaplan, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Entwicklung, Frieden und Demokratie bedingen einander. Wenn eines dieser Elemente fehlt, kommt es zur Unwucht. Die Stiftung Entwicklung und Frieden gehört in die Herzkammer der Demokratie Brandenburgs, in den Landtag Brandenburg.

Herzlich willkommen! Es ist mir eine Ehre und ein Vergnügen, diesen Parlamentarischen Abend zu eröffnen, zu dem die Stiftung Entwicklung und Frieden eingeladen hat.

„Förderung von Völkerverständigung, internationaler Zusammenarbeit und Entwicklung“ ist lt. Satzung der Stiftungszweck, heute würde man vermutlich viel konkreter vom friedlichen Miteinander als Basis für die Zusammenarbeit sprechen.

Auch muss man sich fragen, ob man etwas übersehen hat, Zeichen missdeutet oder nicht ernst genommen. Vor gut 20 Jahren Transnistrien, dann Abchasien, Tschetschenien, Tadschikistan, Georgien, Krim, Bergkarabach in Aserbaidschan, der Angriff auf die Ukraine – die Welt hat sich verändert.

Und jede Friedensinitiative ist gut.

Verändert haben sich auch die Mittel der Auseinandersetzung. Willy Brandt, 1986 Initiator der Stiftung „Entwicklung und Frieden,“ dachte schon früh darüber nach, was den Frieden bedrohen könnte.

Entwicklung geht nicht ohne Frieden, Frieden nicht ohne Demokratie.

Eine aktuelle Krise haben wir im Fall der Getreidetransporte aus der Ukraine vor Augen. In Afrika hungern Menschen, auch weil das Getreide nicht ankommt. „Wer den Krieg ächten will, muss auch den Hunger ächten“, sagte Willy Brandt schon 1973, noch als Kanzler. 50 Jahre ist das jetzt her, und der Satz hat nichts an Aktualität eingebüßt. Zu ergänzen wäre heute noch, dass auch die Ignoranz von Klimazielen den Frieden bedroht durch Folgekatastrophen, Not und Hunger.

Unsere Potsdamer Erklärung vom Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, untersetzt diesen Gedanken, hier im Haus im Juli von Vertretern aus 46 Ländern einstimmig verabschiedet.

Die Stiftung Entwicklung und Frieden will das öffentliche Bewusstsein für diese Zusammenhänge schärfen. Völkerverständigung und internationale Zusammenarbeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen sind heute wichtiger denn je, zu viele Krisen überlagern einander und verursachen menschliches Leid. Allein 108 Millionen Menschen waren am Ende des vergangenen Jahres weltweit auf der Flucht vor Verfolgung, Konflikten, Gewalt und Elend.

In Brandenburg steht die Zusammenarbeit der Völker, der Frieden und der Schutz der Umwelt in der Verfassung. Der Landtag hat diese Verfassung mehrmals angepasst, um neuere Entwicklungen aufzugreifen. Wir wissen, dass Augenverschließen oder Abschottung keines der Probleme löst, die auch uns mehr oder minder direkt betreffen.

Ihre Stiftung stärkt mit ihren Potsdamer Frühjahrsgesprächen politisches Wissen. In diesem Frühjahr ging es um Ernährungssicherheit; in den Vorjahren um Klimawandel und Konfliktprävention oder um die Chancen der Digitalisierung für die Friedenspolitik.

Nutzen wir die Gelegenheit für fruchtbare Gespräche, wertvolle Anregungen und neue Ideen. Ihnen allen wünsche ich einen gelungenen Abend,

vielen Dank!